

# MENSCHENRECHTSBERICHT 2016 SCHWEIZ

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist verfassungsmässig eine Republik mit einer Föderationsstruktur. Die Gesetzgebungsgewalt liegt bei einem Zweikammerparlament (Bundesversammlung), das aus dem Ständerat (46 Mitglieder) und dem Nationalrat (200 Mitglieder) besteht. Im Oktober 2015 fanden auf Bundesebene im Allgemeinen als frei und fair beschriebene Wahlen statt. Das Parlament wählt alle vier Jahre die exekutive Führung (den siebenköpfigen Bundesrat) und tat dies im Dezember 2015. Der Bundesrat bestand aus einer Koalition von vier Parteien.

Die Sicherheitskräfte unterlagen einer wirksamen Kontrolle durch die Zivilbehörden

Zu den schwerwiegendsten Problemen gehörte die zuweilen übermäßige Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte, insbesondere in Verbindung mit dem Verhör von Drogenverdächtigen im Kanton Genf, der Festnahme und Abschiebung von Asylsuchenden, sowie in Haftanstalten. Berichten zufolge behandelten die Behörden Untersuchungsgefangene strenger als verurteilte Straftäter und unterwarfen Asylanten zuweilen längeren Haftzeiten und Misshandlungen. Weiterhin erfuhren Roma und Mitglieder anderer Minderheiten sowie Migranten gesellschaftliche Diskriminierung.

Zu weiteren Menschenrechtsproblemen zählten überbelegte Haftanstalten, Isolationshaft bis zu 23 Stunden täglich, unzureichende Gesundheitseinrichtungen in einigen Haftanstalten, temporäre gemeinschaftliche Unterbringung von Festgenommenen und verurteilten Straftätern, Einzelfälle der Verweigerung von Rechtsbeistand und Benachrichtigung der Familie nach Festnahme, gemeinschaftliche Unterbringung von Männern und Frauen in Ausschaffungshaft, unzureichende angemessene Unterkünfte für Migranten und Asylsuchende, Einzelfälle von Korruption bei Behörden, Gewalttaten gegen Frauen, Zwangsehen und die Beschneidung oder Verstümmelung der weiblichen Genitalien in einigen Einwanderergruppen, Kindesmisshandlung, antisemitische Vorfälle, Menschenhandel, Einmischung der Arbeitgeber in Gewerkschaftsrechte, Einzelfälle von Zwangsarbeit sowie Diskriminierung bei der Bezahlung und Anstellung von Frauen und älteren Arbeitnehmern.

Die Regierung unternahm Schritte, Verstöße durch Amtsträger, ob bei den Sicherheitskräften oder anderweitig in der Regierung, strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen.

### **Abschnitt 1. Achtung der Integrität der Person, einschließlich Schutz vor:**

#### **a. Willkürlicher oder anderer rechtswidriger bzw. politisch motivierter Tötung**

Es gab keine Berichte über willkürliche oder rechtswidrige Tötungen durch den Staat oder seine Vertreter.

#### **b. Verschwinden**

Es gab keine Berichte über Personen, die aus politisch motivierten Gründen verschwanden.

#### **c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Die Verfassung verbietet solche Praktiken. Es gab allerdings vereinzelt Berichte, dass einzelne Polizisten bei Festnahmen übermäßige Gewalt anwendeten und die Festgenommenen entwürdigend behandelten.

Im Juni lehnte das Obergericht Bern den Einspruch von zwei Polizeibeamten ab, die im Oktober 2015 vom Kantonsgericht des Kantons Bern jeweils zu zur Bewährung ausgesetzten Geldstrafen verurteilt worden waren. Sie hatten in der Polizeistation eines Bahnhofs einen widerspenstigen Mann getreten, durch eine Lache seines eigenen Urins gezogen und dann seine Jacke in die Urinlache geworfen.

Im April verurteilte das Bezirksgericht Bremgarten im Kanton Aargau einen Polizeibeamten zu einer zur Bewährung ausgesetzten Geldstrafe wegen Autoritätsmissbrauchs, Sachbeschädigung und unerlaubten Betretens einer Wohnung bei einem Vorfall häuslicher Gewalt im Jahre 2009. Der Beamte war in die Wohnung eines gewalttätigen Mannes serbischer Herkunft gestürmt, der seine eigene Familie bedroht hatte. Das Gericht sah die Anwendung von Gewalt beim Betreten der Wohnung als übermäßig an. Das Gericht verurteilte einen zweiten in den Fall verwickelten Polizeibeamten zu einer zur Bewährung ausgesetzten Geldstrafe wegen schwerer Körperverletzung bei Selbstverteidigung, nachdem dieser den Mann zwei Mal angeschossen hatte.

Am 23. Juni veröffentlichte das Komitee zur Verhütung von Folter (Committee for the Prevention of Torture - CPT) des Europarats den Bericht über ihren Besuch in der Schweiz 2015 und stellte im Kanton Genf „ein anhaltendes Vorkommen von Polizeigewalt“ fest. Die Kommission sammelte „zahlreiche Vorwürfe von Misshandlung“ bei Verhören durch Mitglieder der Drogen-Einsatzgruppe, die Festgenommene mit Fäusten und Knüppeln schlugen, während den Festgenommenen zum Teil die Augen verbunden waren. Im Genfer Gefängnis Champ-Dollon wurden dem CPT Anschuldigungen wegen übermäßiger und vorsätzlicher Gewaltanwendung durch Gefängniswärter zugetragen.

2015 verurteilte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF), eine unabhängige staatliche Behörde, dass im Thorberg-Gefängnis in Bern widerspenstige Festgenommene stundenlang an eine Wand gekettet wurden. Die Kommission stellte weiterhin fest, dass in den meisten Jugendgefängnissen die Anwendung von Massnahmen, die zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit dienen, nicht hinreichend dokumentiert wurden.

### **Zustände in Justizvollzugs- und Untersuchungshaftanstalten**

Ungeachtet einiger unzureichender Anstalten entsprechen die Justizvollzugsanstalten und Untersuchungshaftanstalten in der Regel den internationalen Normen.

Zustände: Überbelegung stellte nach wie vor ein Problem dar, insbesondere im französischsprachigen Teil der Schweiz. Das Gefängnis Champ-Dollon in Genf war mit einer Belegungsrate von 170% über der ausgewiesenen Kapazität nach wie vor die am stärksten überbelegte Einrichtung in der Schweiz. Im April beherbergte das für 390 Plätze ausgelegte Gefängnis mehr als 670 Insassen. Oft mussten sich bis zu drei Personen eine Einzelzelle teilen. Das CPT stellte fest, dass die Zellen in der Polizeistation Genf und in der Genfer Polizeistation Paquis so klein sind, dass sie nur kurzzeitig genutzt werden sollten. Das Gefängnis La Croisée im Kanton Waadt hatte eine Belegungsrate von 152%.

Im August wies das Bundesgericht Klagen von fünf Häftlingen des Gefängnisses Champ-Dollon ab. Sie hatten Strafverkürzung und finanzielle Entschädigung bis zu 66.000 Schweizer Franken (64.224 USD) verlangt, da sie angeblich bis zu 220 Tage in Untersuchungshaft gehalten wurden. Die Häftlinge beschwerten sich darüber hinaus über beengte Zellen und zu wenig Zugang zu Außenanlagen. Laut Entscheidung des Bundesgerichts handelten die Kläger nicht in gutem Glauben, da sie die Misshandlungen erst nach Verkündung ihres Strafmaßes meldeten. Später

im gleichen Monat gab das Bundesgericht jedoch einer separaten Klage eines weiteren Häftlings des Gefängnisses Champ-Dollon statt, der angeblich 599 Tage in einer knapp vier Quadratmeter großen Zelle untergebracht war.

Die NKVF stellte fest, dass die Bewegungsfreiheit von Jugendlichen in Untersuchungshaft oft eingeschränkt war und ihnen wenig Zugang zu externen Kontakten gewährt wurde. Einige verbrachten bis zu 20 Stunden in ihren Zellen. Die Nichtregierungsorganisation Terre des Hommes kritisierte die Praxis der Regierung, minderjährige Asylbewerber in Administrativhaft zu nehmen, unter Hinweis darauf, dass die Haftbedingungen gegen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes verstoßen.

Bis Oktober meldeten Pressequellen im Berichtsjahr mindestens vier Selbstmorde. Laut Bundesamt für Statistik gab es 2014, dem letzten Jahr, für das Daten zur Verfügung stehen, 15 Todesfälle während der Inhaftierung, darunter neun Selbstmorde.

Das CPT berichtete über unzureichende Gesundheitsversorgung in den Gefängnissen La Farera, La Stampa und in Schwyz und empfahl, landesweit die Einzelhaft auf höchstens 14 Tage zu beschränken.

Im Juli befasste sich der sechste Jahresbericht der NKVF mit den Zuständen in Untersuchungshaft und Sicherheitshaftanstalten und führte eine unzureichende Trennung der verschiedenen Arten von Häftlingen, übermäßig lange Einschränkung der Bewegungsfreiheit von bis zu 23 Stunden täglich, Mangel an Beschäftigungs- und Sportmöglichkeiten und eingeschränkten Kontakt zur Außenwelt, einschließlich vollständigem Telefonverbot und Besuche nur einmal wöchentlich für eine halbe Stunde, an. Die NKVF stellte fest, dass Untersuchungsgefangene schlechter behandelt wurden als verurteilte Straftäter; in einigen Kantonen müssen Untersuchungsgefangene bis zu 23 Stunden täglich in ihren Zellen verbringen. Die Kommission berichtete über Vorkommnisse von überbelegten Gefängnissen, überlangen Untersuchungshaftzeiten und Einzelhaft sowie einen Mangel an Gefängniswärtern. Weiterhin berichtete die Kommission, dass es für Ausländer in Ausschaffungshaft gelegentlich an Platz für Sport- und Bewegungsmöglichkeiten mangelte.

Die NKVF besuchte im Jahre 2015 neun Justizvollzugsanstalten in elf Kantonen und führte in zahlreichen Kantonen Prüfungen der Jugendgefängnisse durch. Obwohl die Kommission die Zustände in den besuchten Einrichtungen im Allgemeinen als ausreichend bezeichnete, stellte sie in einigen Haftanstalten einen

Mangel an Ressourcen sowie Überbelegung fest. Die Kommission bemängelte, dass im Züricher Gefängnis Pfäffikon Telefonverbot für Untersuchungsgefangene besteht und die Kommunikationsmöglichkeit mit ihren Anwälten eingeschränkt wird.

Verwaltung: Es gab keine Ombudsstelle zur Bearbeitung von Beschwerden oder ein vergleichbares Organ auf nationaler Ebene, aber eine Reihe von Kantonen setzte auf Kantonsebene Ombudsstellen und Vermittlungsorgane ein, die sich für Straf- und Untersuchungsgefangene einsetzten und Beschwerden über deren Haftbedingungen und -umstände nachgingen. Diese Ressourcen standen eher in den größeren, dichter bevölkerten Kantonen zur Verfügung als in den kleinen, weniger bevölkerten Kantonen. Im Jugendgefängnis des Kantons Freiburg wurde kein Nachweis über Disziplinarmaßnahmen gegen Insassen geführt.

Unabhängige Überwachung: Örtliche und internationale Menschenrechtsgruppen, die Medien und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes durften mit Erlaubnis der Regierung die Bedingungen in den Justizvollzugsanstalten und Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylanten überwachen. Das CPT besuchte das Land letztmalig im April 2015. Örtliche Gruppen verfügen über ein großes Maß an Selbstständigkeit.

Verbesserungen: Im Gefängnis Sitten wurden mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Im Gefängnis Freiburg wurden die Außenanlagen für Freizeitaktivitäten ausgebaut, die Aufnahme von Jugendlichen und Inhaftierung von Frauen in Untersuchungshaft wurde aufgehoben und Ausländer werden nur noch in seltenen Ausnahmefällen in Administrativhaft genommen.

#### **d. Willkürliche Festnahme oder Inhaftierung**

Die Verfassung verbietet willkürliche Festnahme und Inhaftierung und der Staat achtete in der Regel diese Verbote.

#### **Die Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparats**

Die Bundespolizei ist für innere Sicherheit zuständig. Die Armee ist für die Sicherheit nach außen zuständig, nimmt aber auch verschiedene Aufgaben der inneren Sicherheit wahr. Die Polizei ist dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement unterstellt, während die Armee dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport unterstellt ist. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) ist dem Eidgenössischen Justiz- und

Polizeidepartment unterstellt und erteilt Einwanderungsvisa und Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigungen, prüft Asyl- und Flüchtlingsanträge und regelt Abschiebungen. Der Schweizer Grenzschutz ist dem Eidgenössischen Finanzdepartement unterstellt und für die Registrierung Asylsuchender sowie für die Bekämpfung illegaler Migration und grenzübergreifender Straftaten zuständig.

Die Zivilbehörden hielten die wirksame Kontrolle über die Polizei und die Armee aufrecht, und der Staat hat wirksame Verfahren zur Untersuchung und Bestrafung von Missbrauch und Korruption. Die Untersuchung von Übergriffen durch die Sicherheitskräfte fiel generell in die Zuständigkeit der kantonalen Staatsanwaltschaften und der Polizei; in manchen Kantonen jedoch übernahm die Ombudsstelle die Untersuchung solcher Vorfälle. Neben ihren Koordinierungsaufgaben und analytischen Zuständigkeiten kann die Bundespolizei unter Leitung der Bundesanwaltschaft in Fällen von organisiertem Verbrechen, Geldwäsche und Korruption ihre eigenen Ermittlungen durchführen.

### **Festnahmeverfahren und die Behandlung von Inhaftierten**

Nach dem Gesetz benötigt die Polizei zur Festnahme von Straftatverdächtigen einen von einem ordnungsgemäß befugten Beamten ausgestellten Haftbefehl, es sei denn, es handle sich um einen konkreten Fall unmittelbarer Gefahr. In den meisten Fällen dürfen die Behörden Tatverdächtige nicht länger als 24 Stunden in Haft halten, bevor sie einem Staatsanwalt oder Ermittlungsrichter vorgeführt werden, der entweder formell Anklage erheben oder deren Freilassung anordnen muss. Die Einwanderungsbehörden können Asylbewerber und andere Menschen mit Migrationshintergrund ohne gültige Papiere bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl festhalten. Es gibt ein funktionierendes Kautionsystem und die Gerichte ließen Tatverdächtige auf Kautionsfrei, oder auf die Zusage, zur Verhandlung zu erscheinen, es sei denn, dass der Ermittlungsrichter die Person für gefährlich hielt oder Fluchtgefahr bestand.

Als Alternative zu Kautionsfrei kann Tatverdächtigen die Meldung bei Bewährungshelfern angeordnet und ein Kontakt- bzw. Rayonverbot auferlegt werden. Die Behörden können einem Tatverdächtigen zum Zeitpunkt der Festnahme oder Erstbefragung Rechtsbeistand verwehren, aber Tatverdächtige haben das Recht, einen Anwalt auszuwählen und zu kontaktieren, bevor Anklage erhoben wird. Mittellosen Anklagten, denen Straftaten zur Last gelegt werden, die gegebenenfalls zu einer Haftstrafe führen könnten, stellt der Staat kostenlosen Rechtsbeistand zur Verfügung. Laut dem CPT hatten Festgenommene oft für mehrere Stunden nach der Festnahme keinen Zugang zu Rechtsbeistand. Die

Behörden können den Kontakt zu Familienmitgliedern einschränken, um die Manipulation von Beweismaterial zu verhindern, aber die Polizei ist verpflichtet, die nächsten Familienangehörigen umgehend über die Festnahme zu informieren. Das CPT berichtete, dass das Recht auf Benachrichtigung der Familie über Festnahmen „nicht immer anerkannt wurde“, und dass bis zu mehrere Stunden dauernde Verzögerungen „nicht unüblich waren.“ Das CPT verurteilte die Verweigerung von Kontaktaufnahme, einschließlich von Besuchen und Telefonanrufen, für Inhaftierte, die mehrere Monate lang auf ein Urteil warteten.

Nach dem Gesetz ist es der Polizei erlaubt, jugendliche Straftäter für einen „kurzen Zeitraum“ festzunehmen, ohne jedoch die Dauer ausdrücklich festzulegen. Faktisch kann die Polizei jugendliche Straftäter ohne Anklage oder Haftbefehl bis zu 24 Stunden lang festhalten (48 Stunden lang an Wochenenden). Das CPT regte an, dass Behörden nie einen Minderjährigen ohne Rechtsbeistand verhören oder zur Abgabe einer Erklärung zwingen sollten.

Willkürliche Festnahme: Es gab gelegentlich Meldungen über willkürliche Festnahmen. Im Juli hob das Bundesgericht eine Entscheidung des Züricher Obergerichts aus 2015 zur Einstellung eines Verfahrens gegen drei Polizeibeamte auf, denen vorgeworfen wurde, 2011 in einer Polizeistation einen Homosexuellen geschlagen, getreten und zeitweise gefesselt zu haben, als der Mann sich beschwerte, da man seine Belästigungsanzeige gegen zwei Jugendliche nicht aufnehmen wollte. Den Polizeibeamten wurde weiterhin vorgeworfen, den Mann davon abgehalten zu haben, seinen Partner zu kontaktieren, der ihm seine HIV-Medikamente bringen sollte, während er sich in Gewahrsam befand. Das Bundesgericht legte den Fall nochmals der Züricher Staatsanwaltschaft vor, wo er seit September anhängig ist.

Untersuchungshaft: Die Nichtregierungsorganisation Humanrights.ch und örtliche Medien berichteten, dass überlange Untersuchungshaft ein Problem darstellt. 2015 befanden sich ungefähr 27% aller Inhaftierten in Untersuchungshaft. Das schweizerische Bundesgericht entschied, dass die Länge der Untersuchungshaft nicht die Länge des erwarteten Strafmaßes für die dem Tatverdächtigen zur Last gelegte Straftat überschreiten darf. Humanrights.ch stellte fest, dass die Behörden oft Untersuchungshaft als Druckmittel verwenden, um Schuldbekentnisse zu erwirken.

Möglichkeit Festgenommener, die Rechtmäßigkeit der Festnahme vor Gericht anzufechten: Festgenommene oder in Untersuchungshaft genommene Personen haben das Recht, die rechtliche oder willkürliche Art ihrer Festnahme vor Gericht

anzufechten und eine sofortige Freilassung zu erwirken. Widerrechtlich festgenommene Personen und Personen, deren Unschuld festgestellt wurde, können bei Gericht auf Entschädigung klagen.

Überlange Inhaftierung von abgelehnten Asylbewerbern und staatenlosen Personen: Die NGO Terre des Hommes kritisierte die Praxis der Regierung, minderjährige Asylbewerber in Administrativhaft zu nehmen, unter Hinweis darauf, dass die Haftbedingungen gegen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes verstoßen. Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) stellte in ihren Berichten 2013 und 2014 fest, dass Maßnahmen gegen Asylsuchende in Ausschaffungshaft oft strenger waren als gegen Personen in Untersuchungshaft. Die Nichtregierungsorganisation Terre des Hommes stellte 2014 in einem Bericht fest, dass weibliche Asylsuchende in überbelegten gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen aufgrund der gemeinsamen Unterbringung von Männern und Frauen dem Risiko sexueller Belästigungen und Gewalt ausgesetzt waren. In dem Bericht wurde weiterhin ein Mangel an Freizeiträumen, Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialen Aktivitäten festgestellt.

#### **e. Verweigerung einer fairen, öffentlichen Verhandlung**

Die Verfassung sieht eine unabhängige Justiz vor und die Regierung achtete in der Regel die Unabhängigkeit der Justiz.

#### **Prozessnormen**

Die Verfassung sieht das Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung vor und die unabhängige Justiz setzte dieses Recht in der Regel durch.

Für Beklagte gilt die Unschuldsvermutung. Beklagte haben das Recht, unverzüglich und eingehend über die ihnen zur Last gelegten Straftaten informiert zu werden; falls erforderlich werden ab der Festnahme über alle Instanzen hinweg kostenlos Dolmetscher zur Verfügung gestellt. Verhandlungen sind öffentlich und finden ohne unnötige Verzögerung statt. Beklagte haben das Recht, an der Verhandlung teilzunehmen. Sie können zeitnah einen Anwalt konsultieren. Angeklagten, denen eine schwere Straftat zur Last gelegt wird, kann das Gericht einen Anwalt aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellen. Beklagten wird ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung ihrer Verteidigung gegeben. Sie erhalten Zugriff zu Beweismitteln der Staatsanwaltschaft, sie können Zeugen zur Rede stellen oder befragen und ihre eigenen Zeugen und Beweismittel vorbringen. Beklagte dürfen nicht zu einer Aussage oder einem Schuldeingeständnis gezwungen werden. Sie haben das Recht, in Berufung zu

gehen, bis hin zum höchsten Gericht des Landes, dem Bundesgericht. Das Strafmaß für Jugendliche bis zu 15 Jahren darf nicht mehr als ein Jahr betragen, für jugendliche Straftäter über 16 Jahre bis zu vier Jahren. Die Behörden achteten in der Regel diese Rechte und gewährten sie allen Bürgern.

Zivilpersonen, die wegen Verrats militärischer Geheimnisse wie z.B. vertraulich eingestufte Dokumente oder geheimer Militärstützpunkte und -einrichtungen angeklagt sind, können vor Militärgerichte gestellt werden. Im Berichtsjahr gab es keine Meldungen über Zivilpersonen, die vor Militärgerichte gestellt wurden.

### **Politische Häftlinge und Inhaftierte**

Es gab keine Berichte über politische Häftlinge oder Inhaftierte.

### **Zivilgerichtsverfahren und Rechtsmittel**

In Zivilsachen gibt es eine unabhängige und unparteiische Justiz. Bürger haben Zugang zu einem Gericht, um Schadenersatz oder die Einstellung von Menschenrechtsverletzungen einzuklagen. Personen und Organisationen, deren Berufungsrecht bei Schweizer Gerichten erschöpft ist, können sich an regionale Menschenrechts-Gerichtshöfe wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden.

### **f. Willkürliche oder rechtswidrige Eingriffe in Privatleben, Familie, Wohnung oder Schriftverkehr**

Die Verfassung verbietet solche Eingriffe und es gab keine Meldungen, dass der Staat diese Verbote nicht geachtet hätte.

## **Abschnitt 2. Achtung der Bürgerrechte, einschließlich:**

### **a. Meinungs- und Pressefreiheit**

Die Verfassung sieht Meinungs- und Pressefreiheit vor, obwohl das Gesetz Meinungsfreiheit in Bezug auf Rassenhass und Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschränkt. Die Regierung achtete in der Regel diese Rechte. Eine unabhängige Presse, ein wirksames Justizsystem und ein funktionierendes demokratisches politisches System tragen zur Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit bei.

Meinungsfreiheit: Das Gesetz verbietet Hassreden, wie zum Beispiel die öffentliche Aufstachelung zu Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien und die Verleugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, auch über das Internet. Übertreter des Gesetzes drohen Geldstrafen und Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren. Im Berichtsjahr gab es mehrere Verurteilungen nach diesem Gesetz (siehe 6., Anti-Semitismus und Nationale/Rassistische/Ethnische Minderheiten).

Presse- und Medienfreiheit: Die unabhängigen Medien waren aktiv und vertraten uneingeschränkt eine große Vielfalt von Meinungen. Die gesetzlichen Einschränkungen in Bezug auf Rassenhass und Verleugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden für die Print-, Rundfunk- und Online-Zeitungen/Zeitschriften Anwendung. Laut Bundesgesetz stellt die Veröffentlichung von Informationen aufgrund von durchgesickerten „geheimen offiziellen Besprechungen“ einen Straftatbestand dar.

### **Internet-Freiheit**

Es gab keine staatlichen Einschränkungen oder Unterbrechungen des Zugangs zum Internet, es wurden keine Online-Inhalte zensiert, und es gab keine glaubhaften Berichte, dass der Staat ohne entsprechende rechtliche Genehmigung private Online-Kommunikationen überwachte. Laut Bundesamt für Statistik waren im Berichtsjahr 89% der Bevölkerung über 14 Jahre im Internet aktiv.

### **Akademische Freiheit und kulturelle Veranstaltungen**

Es gab keine staatlichen Restriktionen, welche sich auf akademische Freiheit oder kulturelle Veranstaltungen ausgewirkt hätten.

### **b. Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit**

Die Verfassung sieht Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit vor und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte.

### **c. Religionsfreiheit**

Siehe Außenministerium der Vereinigten Staaten, *International Religious Freedom Report* unter [www.state.gov/religiousfreedomreport/](http://www.state.gov/religiousfreedomreport/).

### **d. Niederlassungsfreiheit, Binnenvertriebene, Schutz von Flüchtlingen und staatenlose Personen**

Die Verfassung sieht Niederlassungsfreiheit im Inland, Reisen ins Ausland, Emigration und Wiedereinbürgerung vor, und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte.

Missbrauch von Migranten, Flüchtlingen und Staatenlosen: Die Behörden können unkooperative Asylbewerber vorbehaltlich einer gerichtlichen Überprüfung während der Entscheidung über den Antrag bis zu sechs Monate lang in Gewahrsam nehmen. Weiterhin kann der Staat abgewiesene Antragsteller bis zu drei Monate in Haft nehmen um sicher zu stellen, dass sie sich nicht der Ausschaffung entziehen, oder bis zu 18 Monate, wenn es bei der Rückführung besondere Schwierigkeiten gab. Der Staat kann Minderjährige im Alter von 15 bis 18 Jahren bis zu zwölf Monate vor der Rückführung in Gewahrsam nehmen. Die Behörden wiesen abgelehnte Asylsuchende in der Regel an, freiwillig das Land zu verlassen. Personen, die sich weigerten, freiwillig auszureisen, konnten zwangsweise rückgeführt werden.

Die Nichtregierungsorganisation Schweizer Flüchtlingshilfe verurteilte, dass die Kantone minderjährigen, unbegleiteten Asylsuchenden keine ausreichende Versorgung und Unterstützung gewährten. Am 29. August warf Amnesty International der Regierung vor, zahlreiche unbegleitete minderjährige Migranten davon abgehalten zu haben, über die südliche Grenze von Italien aus in die Schweiz zu gelangen, obwohl diese angeblich um Asyl und Schutz gebeten hatten. Der Bericht kritisierte die Regierung darüber hinaus wegen Nichtbeachtung internationaler Vereinbarungen, da sie irregulären Migranten oder Migranten ohne Papiere vorläufige Asylverfahren verweigere und die Zusammenführung von getrennten Familien verhindere.

Am 5. Juli veröffentlichte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) ihren Jahresbericht über Ausschaffung auf dem Luftweg. Zwischen April 2015 und April 2016 wurden mit 53 zwangsweisen Rückführungsflügen 328 Personen, darunter 18 Familien und 36 Kinder, in ihre Herkunftsländer zurückgeführt. NKVF Beobachter kritisierten vereinzelte Fälle, in denen abgeschobene Personen getasert und Familienangehörige vor der Abschiebung getrennt wurden. Zwar wurden weniger Maßnahmen als zuvor ergriffen, um widerspenstige Abgeschobene ruhig zu stellen, aber die NKVF dokumentierte einen Fall, in dem einem widerspenstigen Vater vor Augen seiner Kinder Fesseln angelegt wurden. Die NKVF verurteilte weiterhin, dass Beamte in den Kantonen Genf, Neuenburg, Waadt und Wallis bei der Abholung von Personen zum Zweck der Ausschaffung Sturmmasken trugen.

Lokale Medien berichteten über einen erheblichen Anstieg von Auseinandersetzungen unter Asylsuchenden in Bundesasylzentren zwischen Januar und April. Sicherheitspersonal griff 240 Mal ein, um Konflikte zu deeskalieren. 2015 wurde von 111 bis 122 Eingriffen berichtet. Die Schweizer Flüchtlingshilfe machte die im Vergleich zu 2015 längere Bearbeitungszeit der Behörden bei der Umsiedlung von Asylsuchenden von Bundesaufnahmезentren in Asylunterkünfte in Kantonen und den dadurch entstehenden höheren mentalen Druck auf Asylsuchende für die vermehrten Konflikte verantwortlich. Die Schweizer Flüchtlingshilfe forderte die Regierung auf, mehr in Unterstützungsmaßnahmen für Asylsuchende zu investieren.

Im August führte ein Brand in einem Asylcenter in Bern zur Evakuierung zahlreicher Asylsuchender. Bei einem weiteren Brand im gleichen Monat brannte eine Unterkunft in der Solothurner Ortschaft Biberist, in der zehn Personen untergebracht waren, komplett ab. Die Behörden brachten die Asylsuchenden in der Kaserne der Ortschaft unter.

2014 erlitt eine syrische Asylsuchende bei der Ausschaffung nach Italien eine Totgeburt, da die Sicherheitskräfte ihr angeblich medizinische Hilfe verweigert hatten. Eine Autopsie bestätigte, dass das Kind zwölf Stunden vor der Totgeburt gestorben war. Medienberichten zufolge wird damit das Fehlverhalten und die Vernachlässigung durch die Grenzschutzbeamten belegt. Die Behörden übergaben den Fall an ein Militärgericht, wo er Ende des Jahres noch anhängig war.

Zwischen Januar und Juli gingen bei der Fachstelle Zwangsheirat des Bundes 119 Meldungen über Zwangsheirat von Minderjährigen ein; in 26 der Fälle waren Mädchen unter 16 Jahren betroffen. Die Opfer kamen überwiegend aus den irakischen, syrischen, eriträischen, afghanischen und somalischen Gemeinden. 2015 identifizierten nach Schätzung von Medienberichten Nichtregierungsorganisationen und Behörden in der Regel jährlich 250 Opfer, und zwar Erwachsene wie auch Minderjährige. Die lokalen Medien sehen die anhaltende Zuwanderung von Migranten als Ursache für den starken Anstieg an Zwangsehen von Minderjährigen, während die Koordinierungsstelle auf verstärktes Problembewusstsein infolge der vermehrten Identifizierung von Opfern verweist. Eine mit Opfern von Zwangsehen arbeitende Nichtregierungsorganisation, die regelmäßig im Durchschnitt wöchentlich fünf Opfer betreute, verzeichnete einen deutlichen Anstieg von minderjährigen Opfern.

Mit Flüchtlingen arbeitende Nichtregierungsorganisationen beanstandeten erneut, dass Asylsuchenden in Rückführungsfällen oft wirksamer Rechtsbeistand

verweigert wurde, da sie nicht die finanziellen Mittel hatten, um einen Rechtsanwalt zu bezahlen. Die Behörden stellten nur in der Erstphase des Asylantrags und in schweren Straftatfällen kostenlosen Rechtsbeistand zur Verfügung. Die Ausschaffung von Asylsuchenden wurde nicht als ein Justizsondern als ein Verwaltungsverfahren erachtet.

Die Regierung kooperierte mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und weiteren Menschenrechtsorganisationen, um Flüchtlingen, Asylsuchenden, staatenlosen Personen und anderen schutzbedürftigen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren.

### **Schutz von Flüchtlingen**

Zugang zu Asyl: Das Gesetz sieht die Gewährung von Asyl- oder Flüchtlingsstatus vor und die Regierung hat Verfahren zum Schutz von Flüchtlingen eingeführt. Die Regierung verpflichtete Asylbewerber, innerhalb von 48 Stunden nach Stellung des Asylantrags Dokumente zum Nachweis ihrer Identität vorzulegen, und die Behörden weigerten sich, die Asylanträge von Asylbewerbern zu bearbeiten, die dazu nicht in der Lage waren und keine glaubhafte Erklärung für fehlende Identitätsdokumente abgeben oder Beweise für Verfolgung vorlegen konnten.

Im Juni stimmten die Wähler für die Revision des Schweizer Asylrechts. Das Asylverfahren soll beschleunigt werden, indem die Bearbeitungszeit auf höchstens 140 Tage beschränkt, die finanzielle Unterstützung für Asylsuchende erhöht und ihnen kostenloser Rechtsbeistand gewährt wird. Die Schweizer Botschaften im Ausland nehmen keine Asylanträge an, und Wehrdienstverweigerern und Deserteuren wird nicht automatisch der Flüchtlingsstatus zuerkannt.

Sicheres Herkunftsland/Durchreise: Das Staatssekretariat für Migration (SEM) stützte sich auf eine Liste „sicherer Länder“. Asylsuchende, die aus diesen Ländern kamen oder aus diesen Länder einreisten, waren in der Regel nicht asylberechtigt. Die Schweiz hat die Dublin III Verordnung der Europäischen Union unterzeichnet.

Zurückweisung: Die Verfassung verbietet die Ausschaffung von Flüchtlingen, denen in ihren Herkunftsländern Verfolgung droht und sieht weiterhin vor, dass niemand in ein Land zurückgeschickt werden kann, in dem ihm gegebenenfalls Folter oder andere unwürdige und grausame Behandlung droht. Obwohl die Regierung in der Regel Asylsuchende nicht zur Rückkehr in Länder zwang, in denen ihr Leben und ihre Freiheit bedroht waren, gab es Meldungen über Ausnahmen. Im Juli gab das Staatssekretariat für Migration bekannt, dass Rückführungen in alle Landesteile von Sri Lanka vorbehaltlich einer Fall-zu-Fall

Prüfung erlaubt werden. Die Schweizer Flüchtlingshilfe kritisierte diese neue Handhabung und hielt die Änderung hinsichtlich der Tatsache, dass sie den nördlichen Teil Sir Lankas für politische Flüchtlinge immer noch für gefährlich hält, für vorschnell.

Beschäftigung: Es ist Asylsuchenden gesetzlich verboten, in den ersten drei Monaten nach ihrer Ankunft im Land zu arbeiten. Die Behörden können dieses Verbot um weitere drei Monate verlängern, wenn das Staatssekretariat für Migration den Asylantrag innerhalb der ersten drei Monate ablehnt. Nach drei Monaten dürfen Asylsuchende Arbeitsmöglichkeiten in unterbesetzten Sektoren nachgehen, wie zum Beispiel im Gastgewerbe, Bausektor, Pflegebereich oder in der Landwirtschaft.

Zugang zu Grundleistungen: Die Kantone übernahmen die Hauptverantwortung für Unterkunft, allgemeine Unterstützung und Versorgung von Asylbewerbern während der Aufnahmephase. Der Mangel an Unterkünften für Asylbewerber stellte nach wie vor ein Problem dar. Asylbewerber hatten ein Recht auf medizinische Grundversorgung, und ihre Kinder waren berechtigt, bis zur neunten Klasse (dem letzten Pflichtschuljahr) die Schule zu besuchen. Nichtregierungsorganisationen und Freiwillige erteilten in der Regel Sprachunterricht für Asylbewerber.

Um die steigende Zahl von Asylsuchenden zu beherbergen, brachte das Staatssekretariat für Migration auch weiterhin Hunderte von Asylsuchenden in abgelegenen ländlichen Gegenden oder in stillgelegten Militäreinrichtungen unter, darunter auch unterirdische Unterkünfte, die als kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten umgerüstet wurden.

Dauerhafte Lösungen: Im Dezember gab die Regierung bekannt, dass sie über die nächsten zwei Jahre hinweg im Zuge eines Umsiedlungsprogramms der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen weitere 2.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen werde. Die Regierung hatte im März 2015 zugestimmt, unter dem Umsiedlungsprogramm der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von 2015 bis 2018 3.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, von denen im März 357 in der Schweiz eingetroffen waren.

Vorübergehender Schutz: 2015 nahm die Regierung 7.787 Personen, von denen sie 2.534 als Flüchtlinge einstufte, vorübergehend auf.

Amnesty International und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen kritisierten 2015, dass die Schweiz nur 40% der syrischen Asylbewerber

Flüchtlingsstatus gewährte. Weitere syrische Asylsuchende wurden als „temporär aufgenommene Flüchtlinge“ aufgenommen. Asylsuchende mit temporärem Flüchtlingsstatus unterlagen höheren Beschränkungen bei der Familienzusammenführung.

### **Abschnitt 3. Achtung der politischen Rechte**

Die Verfassung gibt den Bürgern die Möglichkeit, durch regelmäßige, freie und faire Wahlen in geheimer Abstimmung auf der Grundlage des universalen Wahlrechts ihre Regierung zu wählen.

#### **Wahlen und politische Mitbestimmung**

Die letzten Wahlen: Im Oktober 2015 wählten die Wähler Abgeordnete für den Nationalrat und den Ständerat. Im November 2015 wurden in 12 der 26 Kantone Stichwahlen für den Ständerat abgeschlossen. Im Dezember 2015 wählte die Bundesversammlung das Führungsgremium (den siebenköpfigen Bundesrat). Beobachter bezeichneten die Wahlen als frei und fair.

Politische Mitbestimmung durch Frauen und Minderheiten: Es gibt keine Gesetze, die die Teilnahme von Frauen und politischen Minderheiten am politischen Prozess einschränken, und Frauen und Minderheiten nahmen daran teil. Ein im Oktober veröffentlichter Bericht der Vereinten Nationen über Geschlechtergleichheit stellte jedoch fest, dass „strukturelle Barrieren und Geschlechterdiskriminierung“ in beiden Kammern zu weniger weiblichen Abgeordneten führten.

### **Abschnitt 4. Korruption und mangelnde Transparenz in der Regierung**

Das Recht sieht strafrechtliche Sanktionen für Korruption von Beamten vor, und die Regierung setzte diese Gesetze in der Regel wirksam um. Es gab im Berichtsjahr vereinzelte Meldungen über Korruption in der Regierung.

Korruption: Die Bundesbehörden waren verantwortlich für die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Bestechungsfällen im öffentlichen Dienst. In ihrem am 25. August veröffentlichten dritten Zwischenbericht bezeichnete die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates die Fortschritte der Regierung bei der Bekämpfung von Korruption als „im Allgemeinen nicht zufriedenstellend.“ In dem Bericht wurde erneut die mangelnde gesetzliche Kontrolle bei der Parteienfinanzierung kritisiert. GRECO lobte jedoch ein vom Parlament im September 2015 erlassenes Gesetz, das Bestechung im Privatsektor

zu einer Straftat macht. Die Bundespolizei und die Staatsanwaltschaft richteten eine sog. Whistleblower-Hotline ein, wo anonyme Hinweisgeber aus der Bevölkerung in vertraulicher Weise den Landesbehörden verdächtige Aktivitäten melden können.

Transparency International Schweiz forderte die Schweiz auf, die Bekämpfung internationaler Korruptionsfälle zu verbessern, Hinweisgeber besser zu schützen und Gesetze für Transparenz bei Parteien- und Wahlkampffinanzierung zu verabschieden.

Im November verurteilte das Bundesstrafgericht den ehemaligen Abteilungsleiter für Informationstechnologie des Bundesamtes für Umwelt zu einer zweieinhalbjährigen Haftstrafe, von der 15 Monate zur Bewährung ausgesetzt wurden, sowie zu einer zusätzlichen zur Bewährung ausgesetzten Geldstrafe, wegen passiver Bestechung und Fehlverhalten im öffentlichen Dienst. Ihm wurde zur Last gelegt, zwischen 2007 und 2010 ausgewählten von einem Kollegen im Privatsektor empfohlenen IT Firmen gegen Geld und Geschenke Verträge vergeben zu haben.

Offenlegung finanzieller Informationen: Mitglieder der Bundesversammlung müssen jährlich ihre finanziellen Interessen, professionellen Aktivitäten, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten oder Führungsgremien und Gutachter- oder Beratertätigkeiten offenlegen. Eine Mehrzahl der Kantone verlangte von Mitgliedern der Kantonsräte die Offenlegung ihrer finanziellen Interessen.

Öffentlicher Zugang zu Informationen: Laut Verfassung muss die Regierung die Öffentlichkeit über ihre Arbeit informieren, und Regierungsinformationen standen allen in der Schweiz lebenden Personen einschließlich der Auslandspresse zur Verfügung. Das Gesetz gewährt der Öffentlichkeit Zugang zu Aktenmaterial der Regierung. Die Behörden setzten das Gesetz durch und öffentliche Informationen waren ohne weiteres zugänglich. Nachdem der Schweizer Presserat kritisiert hatte, dass die Gerichte Urteile erst veröffentlichen, nachdem sie Rechtsgültigkeit erlangt haben, entschied das Bundesgericht im Juni, dass Urteile unverzüglich nach der Verkündung veröffentlicht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen.

## **Abschnitt 5. Die Haltung der Regierung gegenüber Untersuchungen vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen, die auf internationaler und Nichtregierungsebene geführt werden**

Eine Reihe inländischer und internationaler Menschenrechtsgruppen agierten in der Regel ohne Einmischung der Regierung und untersuchten und veröffentlichten ihre Erkenntnisse über Menschenrechtsfälle. Die Regierung verhielt sich kooperativ und aufgeschlossen.

Staatliche Menschenrechtsorgane: Das vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement gegründete Schweizer Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) besteht aus einem Netzwerk von Universitäten und Menschenrechtsexperten und soll Menschenrechtskapazitäten stärken und in Bezug auf Menschenrechtsfragen Brücken zwischen den Bundes- und Kantonsbehörden schlagen. Das SKMR organisierte im Berichtsjahr Vorträge und veröffentlichte Berichte über Menschenrechtsthemen wie Freiheitsentzug, Zugang zur Justiz und den Rechten schutzbedürftiger Gruppen in der Gesellschaft.

Es gab 14 kantonale Ombudsstellen, die ebenfalls Fälle von polizeilichem Fehlverhalten bewerteten.

## **Abschnitt 6. Diskriminierung, gesellschaftliches Fehlverhalten und Menschenhandel**

### **Frauen**

Vergewaltigung und häusliche Gewalt: Vergewaltigung einschließlich Vergewaltigung durch Ehegatten ist ein Straftatbestand. Vergewaltigung wird mit Haftstrafen von einem bis zehn Jahren bestraft. Der Staat hat diejenigen, denen solche Straftaten vorgeworfen wurden, wirksam strafrechtlich verfolgt.

Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen wie Terre des Femmes, Vivre Sans Violence und dem Dachverband für Frauenhäuser stellt Gewalt gegen Frauen nach wie vor ein ernstes Problem dar. 2015 kamen 36 Personen infolge häuslicher Gewalt ums Leben. Bei der Polizei wurden 2015 17.297 Fälle im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder Gewalt in der Ehe aktenkundig. Häusliche Gewalt und Stalking sind strafbar. Ein Gericht kann als Übergangsmaßnahme einen gewalttätigen Ehepartner aus der ehelichen Wohnung weisen.

Den Opfern häuslicher Gewalt stand Hilfe, Beratung und Rechtsbeistand von speziellen Behörden, zahlreichen Nichtregierungsorganisationen sowie von fast einem Dutzend privater oder staatlich geförderter Hotlines zur Verfügung. Die durchschnittliche Belegungsrate in den offiziellen Frauenhäusern betrug 70 bis 90% und viele Frauenhäuser, insbesondere im Nordwesten der Schweiz, waren zu

100% belegt. Die Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern überstieg regelmäßig das Angebot und einige Opfer wurden deshalb abgewiesen und in Hotels oder Spezialeinrichtungen untergebracht. Im Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann des Eidgenössischen Departments des Inneren konzentrierte sich ein Fachbereich auf den Schwerpunkt Häusliche Gewalt. Die meisten Kantonspolizeien verfügten über Einheiten, die auf dem Gebiet häuslicher Gewalt speziell geschult sind. Die Mehrzahl der Kantone hatte darüber hinaus Verwaltungseinheiten, um die Aktivitäten der Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Opferhilfegruppen untereinander zu koordinieren.

Ein 2014 von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren veröffentlichter Bericht über örtliche Frauenhäuser kam zu dem Schluss, dass es sich bei den meisten Opfern um Ausländerinnen aus Familien mit Niedrigeinkommen handelte, und dass die Kapazität der Frauenhäuser landesweit um ein dreifaches erhöht werden muss, um alle Opfer ausreichend zu unterstützen. Der Bericht führte weiterhin einen Mangel an finanziellen Ressourcen und Diskrepanzen bei den von den verschiedenen Kantonen angebotenen Leistungen an.

Am 25. November startete die Nichtregierungsorganisation Christlicher Friedensdienst mit Unterstützung der Regierung eine Kampagne über den Einfluss von Geschlechterklischees auf Gewalt gegen Frauen. Im Zuge dieser Kampagne führten ca. 50 teilnehmende Organisationen landesweit ungefähr 70 Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch.

Genitalverstümmelung bei Frauen (Female Genital Mutilation/Cutting - FGM/C): Genitalverstümmelung ist rechtswidrig und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren strafbar. Für den Zeitraum 2016 bis 2019 sagten das Bundesamt für Gesundheit und das Staatssekretariat für Migration (SEM) einem von den Nichtregierungsorganisationen Caritas, Terre des Femmes, Sexuelle Gesundheit Schweiz und dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte gegründeten Informations-, Beratungs- und Verhütungsnetzwerk gegen Genitalverstümmelung bei Frauen Unterstützung zu. Die Nichtregierungsorganisation Caritas kritisierte jedoch das andauernde Fehlen einer nationalen Strategie gegen Genitalverstümmelung bei Frauen und den Mangel an entsprechenden kantonalen Programmen.

2015 wurde keine Fälle von Genitalverstümmelung bei Frauen vor Gericht gebracht. Nach Schätzungen der Regierung und Nichtregierungsorganisationen waren ca. 15.000 Frauen und Mädchen, überwiegend aus Somalia, Eritrea, dem

Sudan und Ägypten, betroffen oder dem Risiko der Genitalverstümmelung ausgesetzt.

2014 veröffentlichte die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit eine Bestandsaufnahme über FGM/C-Vorkommnisse in der Schweiz. Mehrere Bundesämter setzten gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und akademischen Einrichtungen Aufklärungs- und Präventivmaßnahmen um, die an schutzbedürftige Gemeinschaften und einschlägige Behörden gerichtet waren, einschließlich eines Mediationsdienstes. Die Kantone Genf, Neuenburg, Waadt und Freiburg setzten auf spezielle Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen und -maßnahmen, während andere Kantone ähnliche Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit ergriffen.

Sexuelle Belästigung: Das Gesetz verbietet sexuelle Belästigung und ermöglicht Personen, die sich am Arbeitsplatz diskriminiert oder belästigt fühlen, Zugang zu Rechtsmitteln. Anspruchstellern wurde allerdings nur vorübergehend besonderer Rechtsschutz gegen Entlassung gewährt. Arbeitgeber, die es versäumten, angemessene Maßnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung zu ergreifen, hafteten für Schadenersatz in Höhe von bis zu sechs Monatsgehältern.

Reproduktive Rechte: Paare und Alleinstehende haben das Recht zu entscheiden, wie viele Kinder sie in welchen Abständen und zu welcher Zeit haben wollen. Sie haben die Kontrolle über ihre Reproduktionsgesundheit und das Recht auf angemessene Informationen und Mittel, um diese Entscheidungen ohne Diskriminierung, Nötigung und Gewalt treffen zu können.

Diskriminierung: Die Verfassung und das Gesetz sehen für Frauen im Arbeitsmarkt die gleichen Rechte wie für Männer vor. Die Verfassung sieht gleiche Rechte für Frauen und Männer vor. Das Zivilrecht sieht im Vermögens- und Erbrecht die gleichen Rechte für Frauen und Männer vor. 2015 verabschiedete das Parlament eine Revision des Zivilrechts, um bei Scheidungen eine ausgewogenere Teilung von Rentenansprüchen sicherzustellen. Sie gilt rückwirkend für alle Scheidungen seit 2000.

Im November stellte ein Bericht der Vereinten Nationen fest, dass vorherrschende Klischees über die Rollen und Aufgaben von Frauen und Männern in Familie und Gesellschaft nebst „tief verwurzelten patriarchalischen Einstellungen“ den Fortschritt bei der Geschlechtergleichstellung behindern. Aus dem Bericht ging weiterhin hervor, dass in den Medien verbreitete Klischees und negative Bilder

von Frauen ethnischer Minderheiten oder Frauen mit Migrationshintergrund deren Fähigkeit zur Integration in die Gesellschaft unterminierten.

In einem Bericht aus 2014 bewerteten das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen Fortschritte in Ausbildungsniveau und Erwerbsfähigkeit von Frauen in den vergangenen 15 Jahren. Trotz mancher Fortschritte kam der Bericht zum Schluss, dass bei ausgebildeten Frauen im Vergleich zu ausgebildeten Männern eine doppelt so hohe Armutsgefährdung bestand, hauptsächlich weil Frauen immer noch die Hauptverantwortung für die Familie trugen, und weil sie für die Zeit, die sie für die Betreuung von Kindern oder Angehörigen aufwendeten, nicht entlohnt wurden. Aus dem Bericht geht hervor, dass 19% der Frauen (im Vergleich zu 7% der Männer) 2010 zu den Geringverdienern zählten. Die geringe Bezahlung und die Tatsache, dass sie den Großteil der Haus- und Familienarbeit leisten, bedeutet für Frauen eine höhere Armutsgefährdung und negative Konsequenzen am Arbeitsmarkt und im Sozialversicherungssystem. Viele Kantone und einige größere Städte unterhielten Gleichstellungsbüros, die mit geschlechtsspezifischen Fragen befasst sind.

## **Kinder**

Geburtenregistrierung: Kinder erhalten ihre Staatsangehörigkeit von den Eltern; Alleinerziehende können die Staatsbürgerschaft übertragen. Geburten werden unverzüglich offiziell registriert, aber die verspätete Registrierung bei Hausgeburten hat keine negativen Konsequenzen.

Kindesmissbrauch: Kindesmissbrauch stellte ein ernstes Problem dar. 2015 registrierte eine Expertengruppe für Kinderschutz in Kinderkliniken 1.388 Fälle von Kindesmissbrauch; bei 20% der Fälle handelte es sich um sexuellen Missbrauch und bei 28% um körperlichen Missbrauch. Die Gruppe beobachtete einen merklichen Anstieg von seelischem Missbrauch, der 31% der gemeldeten Fälle darstellte. Die Gruppe äußerte Besorgnis über die hohe Zahl von Säuglingen unter den Opfern; 18% der registrierten Kinder waren unter einem Jahr alt. 2014 starb ein Säugling durch körperlichen Missbrauch. Bei ca. 20% der Fälle handelte es sich um Kindesvernachlässigung. Ärzte stellten in 85 Fällen Strafanzeige wegen Missbrauch gegen Eltern.

Zwangsehen und Frühehen: Das gesetzliche Mindestalter für Eheschließungen beträgt 18 Jahre. Das Gesetz verbietet Zwangsehen und sieht bei Zuwiderhandlung eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren vor. Ausländischen Visumsantragstellern

wird bei Verdacht auf Verwicklung in eine Zwangsehe die Einreisegenehmigung in die Schweiz verwehrt. Bereits im Land lebende Opfer von Zwangsehen dürfen im Land bleiben und können ihren Familienstand von „verheiratet“ auf „ledig“ ändern, ohne eine Scheidung nachweisen zu müssen. Laut Polizeistatistiken waren 2015 13 Personen Opfer von Zwangsehen (siehe auch 2.d.).

Genitalverstümmelung (FGM/C): Siehe Informationen für Mädchen unter 18 im vorstehenden Abschnitt „Frauen“.

Sexuelle Ausbeutung von Kindern: Die Produktion, der Besitz, die Verbreitung, oder das Herunterladen von Kinderpornografie aus dem Internet ist verboten und wird mit einer Geldstrafe oder einer Höchststrafe von bis zu einem Jahr Haft bestraft. Bis auf wenige Ausnahmen legt das Gesetz das Mindestalter für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr auf 16 Jahre fest. Einvernehmlicher Geschlechtsverkehr im Alter von unter 16 Jahren ist erlaubt, wenn einer der Partner nicht mehr als drei Jahre älter ist als der andere Partner. Die Höchststrafe für Unzucht mit Minderjährigen beträgt zehn Jahre Haft. Die Nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität legte in ihren Untersuchungen den Schwerpunkt auf Verhütung und Strafverfolgung von sexueller Ausbeutung von Kindern im Internet.

Das Gesetz verbietet Prostitution von Kindern unter 18 Jahren. Zuhälter von minderjährigen Prostituierten werden mit Haftstrafen von bis zu zehn Jahren bestraft; käuflicher Geschlechtsverkehr mit minderjährigen Prostituierten wird mit einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren bestraft.

Internationale Kindesentführungen: Die Schweiz hat das Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung unterzeichnet. Für landesspezifische Informationen, siehe den Bericht des US-Außenministeriums, *Annual Report on International Parental Child Abduction* unter [travel.state.gov/content/childabduction/en/legal/compliance.html](http://travel.state.gov/content/childabduction/en/legal/compliance.html).

### **Antisemitismus**

Laut dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG/FSCI) lebten im November ungefähr 18.000 Personen jüdischen Glaubens in der Schweiz. Die größten jüdischen Gemeinden befanden sich in Zürich, Genf, Lausanne, Basel und Bern.

Der SIG/FSCI verzeichnete 2015 einen deutlichen Rückgang antisemitischer Äußerungen, Handlungen und Internetaktivitäten, der auf die Deeskalation des

Gaza-Konflikts und ein größeres soziales Bewusstsein aufgrund weitverbreiteter Medienberichte über die zahlreichen antisemitischen Vorfälle und anschließenden strafrechtlichen Ermittlungen im Jahre 2014 zurückgeführt wurde. Nach dem vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund in Zusammenarbeit mit der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus erstellten *Antisemitismusbericht 2015* gab es 2015 im deutschsprachigen Teil der Schweiz 16 antisemitische Vorfälle (ausgenommen antisemitische Hassreden im Internet), also 75% weniger als 2014. In dem Bericht wurden zwei tätliche Angriffe gegen Juden dokumentiert.

2015 meldete das in Genf ansässige Intercommunity Center for Coordination against Antisemitism and Defamation (CICAD) 164 antisemitische Vorfälle im französischsprachigen Teil der Schweiz, von denen elf als schwerwiegend eingestuft wurden. Zwar meldete CICAD auch einen Rückgang antisemitischer Vorfälle, aber der Bericht hob hervor, dass die 2015 dokumentierte Zahl von Vorfällen mit die höchste in CICAD's zwölfjähriger Geschichte war. Der Bericht vermerkte weiterhin, dass die meisten antisemitischen Vorfälle im Januar und Februar nach den Terroranschlägen von Paris und Kopenhagen vorkamen. Lokale Medien berichteten, dass Bedenken der jüdischen Gemeinde über die erhöhte Gefahr terroristischer Anschläge gegen Juden das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zur Gründung einer Arbeitsgruppe veranlasste, die geeignete Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen erarbeiten soll.

Im Januar leitete die Staatsanwaltschaft des Kantons Tessin ein Strafverfahren gegen einen Polizeibeamten ein, der auf seiner Facebook-Seite Bilder und Zitate von Hitler und Mussolini gepostet hatte. Die Staatsanwaltschaft verurteilte den Mann zu einer Geldstrafe auf Bewährung wegen Aufstachelung zum Rassismus.

Im November erstattete der SIG bei der Polizei Anzeige gegen eine Neonazi-Gruppe, die in einem Liedtext den Tod Schweizer Juden forderte. Die Gruppe hatte auch Todesdrohungen gegen prominente Schweizer Juden, darunter den Präsidenten des SIG/FSCI, Herbert Winter, ausgesprochen, sowie auf Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens abgezielt. Im Oktober veranstalteten Neonazi-Gruppen zwei Konzerte. Die Besucherzahl bei einem der Konzerte wurde auf ca. 5.000 rechtsextremistische Aktivisten geschätzt.

Im Zuge der nationalen Volkszählung schloss der Bundesrat 2015 ein fünfjähriges Pilotprojekt zur landesweiten Erfassung rassistischer und diskriminierender Einstellungen, einschließlich Rassismus, antimuslimische Einstellungen, Antisemitismus, Fremdenhass und Intoleranz ab. Antisemitische Einstellungen

schwankten kaum im Berichtszeitraum; einer von zehn Teilnehmern gab in jeder der halbjährlichen Umfragen zu, eine negative Meinung über Juden zu haben.

## **Menschenhandel**

Siehe den Bericht des US-Außenministeriums über Menschenhandel (*Trafficking in Persons Report*) unter [www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/](http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/).

## **Menschen mit Behinderungen**

Die Verfassung und das Bundesrecht verbieten die Diskriminierung von Menschen mit körperlichen, Sinnes-, intellektuellen und geistigen Behinderungen in Bezug auf Beschäftigung, Ausbildung, Zugang zu Luftreisen und sonstigen Transportmöglichkeiten, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Justiz, sowie weiteren staatlichen Leistungen, und die Regierung setzte dieses Verbot in der Regel durch. Zugang zu öffentlichen Gebäuden und staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind gesetzlich vorgeschrieben und die Regierung setzte in der Regel diese Vorgaben durch.

Das CPT meldete, dass sich einige Personen in ihrer geistigen Behinderung unangemessenen Zuständen im Krankenhaus befanden. Patienten in Hochsicherheitshaft waren isoliert. Sie hatten nur geringe Kontakte zum Personal und selbst dann nur durch Gitter getrennt, und nur gelegentlich Kontakte mit einem Psychiater oder Psychologen.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen förderte den Kenntnisstand über das Gesetz und die Achtung der Rechte von Behinderten durch Beratung und finanzielle Unterstützung von Projekten zur Förderung der Integration von Behinderten in die Gesellschaft und am Arbeitsmarkt.

Laut Procap, einer der größten Behindertenorganisationen in der Schweiz, hatten Rentner mit Behinderungen oft Schwierigkeiten, ihren Lebensstandard zu halten; bis zu 40% benötigten Ergänzungsleistungen. 2015 kritisierten mehrere andere Nichtregierungsorganisationen, dass der Kanton Zürich nicht auf die steigende Anzahl ins Rentenalter kommender Personen mit Behinderungen vorbereitet sei.

Im Juni gab die Regierung ihren ersten Bericht über die Umsetzung des Übereinkommens für Rechte der Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen heraus. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass das Schweizer Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, die Revisionen der

Berufsunfähigkeitsversicherung des Bundes sowie das Erwachsenenschutzrecht die Lage von Menschen mit Behinderungen erheblich verbessert haben. Procap stellte jedoch auch fest, dass Menschen mit Behinderungen immer noch in Bezug auf angemessenen Zugang zu Weiterbildung, allgemeine Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten benachteiligt sind.

Im August kritisierte eine Nichtregierungsorganisation, dass der Kanton Zürich die Lebenshaltungskosten für Menschen mit Behinderungen nur dann bezuschusst, wenn sie in betreuten Wohngemeinschaften leben. Die Gruppe rief den Kanton dazu auf, mehr Alternativen zu betreutem Wohnen zu bieten und Menschen mit Behinderungen frei über die Verwendung ihrer persönlichen Behindertenbeihilfe entscheiden zu lassen.

2015 veröffentlichte die Berner Fachhochschule eine Studie, die das Fehlen einer direkten und unbürokratischen nationalen Kontaktstelle zur Meldung von Missbrauch von Menschen mit Behinderungen hervorhob. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass es zwar eine Reihe bestehender Spezialeinrichtungen gäbe, die Verfügbarkeit solcher Dienste für diese Personen jedoch verwirrend und unklar sei.

### **Nationale, rassische und ethnische Minderheiten**

Rechtsextremisten, einschließlich Skinheads, die sich feindselig gegenüber Ausländern, ethnischen und religiösen Minderheiten und Migranten verhielten, waren auch weiterhin aktiv.

Im Juli eröffnete die Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis ein Strafverfahren gegen einen Unterhausabgeordneten der rechtsextremistischen Schweizer Volkspartei (SVP), nachdem dieser öffentlich die Tötung eines Moslems in einer St. Gallener Moschee in 2015 mit einem Tweet „Weiter so!“ gebilligt hatte. Der Fall war im Oktober noch anhängig.

Im März bestätigte das Berner Obergericht eine Entscheidung des Strafgerichts Bern-Mittelland aus 2015. Das Strafgericht hatte zwei Mitglieder der Schweizer Volkspartei, die 2011 ein Poster mit dem Titel „Kosovaren schlitzten Schweizer auf“ veröffentlicht hatten, wegen Verletzung des Antirassismugesetzes verurteilt. Das Poster, in dem Bezug auf einen gewalttätigen Vorfall genommen wurde, bei dem ein Kosovar wenige Tage vor Start der Anti-Immigrationskampagne einen Schweizer schwer verletzt hatte, wurde verwendet, um Unterschriften für die Anti-Immigrationsinitiative zu sammeln. Das Obergericht reduzierte jedoch das Strafmaß von einer zur Bewährung ausgesetzten Geldstrafe in Höhe von 60

Schweizer Franken pro Tag (58 USD) auf eine zur Bewährung ausgesetzte Geldstrafe von 45 Schweizer Franken pro Tag (44 USD).

Im Juni veröffentlichte das Beratungsnetz für Rassismuspfer seinen Jahresbericht 2015 und dokumentierte einen Anstieg von rassistisch motivierten Vorfällen gegen Schwarze und Vorfälle von Islamhass. Obwohl laut dem Bericht die meisten der Fälle rassistisch motivierter Diskriminierung verbaler Art waren und sich überwiegend am Arbeitsplatz zutrugen, gab es in 16 Fällen auch tätliche Übergriffe gegen Minderheiten. Rechtsextremistischer Populismus und Extremismus blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. In dem Bericht wurden 239 Fälle untersucht, die von 18 verschiedenen Beratungsdiensten zusammengestellt worden waren. In 16 Fällen handelte es sich um ethnisches Profiling. Im Berichtsjahr stellte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus in den meisten öffentlichen Schulen einen Mangel an Antirassismus-Aufklärung fest und bekräftigte die Notwendigkeit, auf den steigenden Fremdenhass gegen Asylsuchende und Flüchtlinge in der Gesellschaft einzugehen.

Im November kam ein Bericht der Vereinten Nationen zum Schluss, dass in den Medien verbreitete Klischees und negative Vorstellungen von Frauen ethnischer Minderheiten und Frauen mit Migrationshintergrund deren Fähigkeit zur Integration in die Gesellschaft unterminierten.

Ebenfalls im November erklärte das Bundesgericht eine geplante kantonale Initiative der Schweizer Volkspartei, die auf die Schließung des Islamcenters der Universität Freiburg abzielte und die Weiterbildung von Imamen in der Schweiz verhindern sollte, für ungültig. Das Gericht entschied, dass die Initiative islamophobisch sei und eine Verletzung des Antidiskriminierungsgesetzes darstelle.

2014 berichtete die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), dass in Folge anhaltender fremdenfeindlicher und rassistischer Äußerungen im politischen Diskurs Minderheiten wie Muslime, Schwarze, Flüchtlinge, Jenische und Roma-Gruppen eine erhebliche Verschlechterung ihres Ansehens und ihrer Lebensbedingungen erleben. Rassistische Vorurteile kamen insbesondere bei Schwarzen in Polizeikontrollen, öffentlichen Festnahmen und Leibesvisitationen bei Drogenfahndungen zum Ausdruck.

Während der Staat die Jenischen als eine Minderheitengruppe mit ca. 35.000 Einwohnern in der Schweiz anerkannte, mangelte es laut der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) trotzdem permanent an

geeigneten Campingplätzen und Durchreisegebieten. Ein Bericht der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende schlussfolgerte, dass die Behörden in den Jahren 2010 bis 2015 nur einen weiteren dauerhaften Campingplatz einrichteten. Der Direktor der Stiftung kritisierte, dass in der französischsprachigen Region der Schweiz seit 2014 ein „rachsüchtiges Gesetz“ gegen die Campingplätze und Wohnwagenkolonnen der Reisenden angewandt werde. Im Berichtsjahr stellte das Bundesamt für Kultur weitere Betriebsmittel zur Verfügung, um die Schaffung zusätzlicher Campingeinrichtungen zu beschleunigen und das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedürfnisse von Reisenden zu schärfen.

Die schweizerische Roma-Stiftung schätzte, dass in der Schweiz bis zu 100.000 Roma leben.

Im Juli verklagten die Jungen Sozialdemokraten des Kantons Bern und die Gesellschaft für bedrohte Völker einen Stadtrat der Schweizer Volkspartei, der öffentlich verkündet hatte: „Wenn man die Zigeuner nicht am Aussehen erkennen kann, dann [erkennt man sie] irgendwann mit der Nase.“ Im September verklagten die Gesellschaft für bedrohte Völker und mehrere Roma-Organisationen ein Mitglied der Stadtverwaltung der Grünen Liberalen Partei in Biel, das öffentlich gesagt hatte, dass alle Roma lügen, stehlen und mutwillig zerstören.

### **Gewalttaten, Diskriminierung und gesellschaftliches Fehlverhalten aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität**

Das Gesetz verbietet nicht explizit Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, bzw. bezieht sich nicht explizit auf Lesben-, Schwulen-, Bisexuelle-, Transgender und Intersex (LSBTI) Fragen.

Es gab gelegentlich Meldungen über gesellschaftliche Gewalt oder Diskriminierung wegen Ablehnung der LSBTI-Orientierung. Bis September wurden bei einer von LSBTI-Aktivisten gegründeten Zentralstelle für die Sammlung und Veröffentlichung von Statistiken über verbale und/oder körperliche Angriffe auf LSBTI-Personen sechs Fälle aktenkundig. Pink Cross, der Dachverband der LSBTI-Nichtregierungsorganisationen, führte die niedrige Zahl darauf zurück, dass die Öffentlichkeit nicht ausreichend über die Gründung der Zentralstelle informiert worden war. Im Mai stellte eine vom Schweizer Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) durchgeführte Studie über Schutz gegen Diskriminierung fest, dass LSBTI-Personen am Arbeits- und im

Wohnungsmarkt Diskriminierung erfahren, und dass es auch beim Zugang zu allgemeinen Dienstleistungen und dem Justizsystem Nachteile gab.

Die Nichtregierungsorganisation Pink Cop (schwule und lesbische Polizeibeamte) vermerkte, dass die Behörden Hassdelikte nicht explizit strafverfolgen.

Die Nichtregierungsorganisation Transgender Network Switzerland kritisierte die Bedingung, dass für Namens- und Geschlechtsänderungen die vorherige Diagnose einer psychologischen Störung und medizinische Eingriffe im Zusammenhang mit Geschlechtsumwandlung nachgewiesen werden müssen. Die Nichtregierungsorganisation stellte weiterhin fest, dass Diskriminierung und Hassdelikte gegen Transgender-Personen nicht ausreichend dokumentiert werden und es an einer nationalen Strategie zur Bekämpfung aller Arten von Transphobien mangelt. Laut der Nichtregierungsorganisation sind nichteingebürgerte und/oder minderjährige Transgender-Personen einem höheren Diskriminierungsrisiko ausgesetzt.

Im Mai wies das Kantonsgericht Graubünden eine von Pink Cross und der Lesbenorganisation Schweiz angestrebte Klage gegen den Bischof von Chur wegen Aufstachelung zu Gewalt gegen LSBTI-Personen ab. Der Bischof hatte 2015 in einer Rede in Deutschland den Bibelfers „Wenn jemand beim Knaben schläft wie beim Weibe, die haben einen Greuel getan und sollen beide des Todes sterben; ihr Blut sei auf ihnen“ zitiert. Die Graubündner Staatsanwaltschaft hatte die gleiche Klage gegen den Bischof Ende 2015 abgewiesen. Laut Pink Cross erhielt die Organisation nach der Klageerhebung viele hasserfüllte Telefonanrufe und Briefe von Anhängern des Bischofs.

Im September finanzierte das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann die Internetpublikation von Broschüren zur Unterstützung im Umgang mit der Offenlegung der Geschlechtsidentität am Arbeitsplatz. Die Broschüren waren Teil eines vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann 2014 gestarteten Projekts über Probleme von Transgender-Personen am Arbeitsplatz. Das Gesamtprojekt wurde von der Transgender Network geleitet und war im Oktober noch aktiv.

Im Juli segnete das Parlament ein Gesetz ab, das LSBTI-Personen das Recht gibt, die Kinder ihrer Partner zu adoptieren. Das Gesetz gibt jedoch LSBTI-Personen nicht das Recht, gemeinsam Kinder zu adoptieren, zu denen keine Blutsverwandtschaft besteht. Das Gesetz war im November noch nicht in Kraft.

### **Soziale Stigmatisierung aufgrund von HIV/AIDS**

Es gab gelegentlich Meldungen über Diskriminierung von Menschen mit HIV/AIDS. 2015 registrierte die AIDS-Hilfe Schweiz 116 Diskriminierungsfälle gegen Menschen mit HIV. Bei 14 Beschwerden ging es um Diskriminierung am Arbeitsmarkt oder am Arbeitsplatz (siehe 7.d.). Die AIDS-Hilfe Schweiz führte mehrere Kampagnen durch, um Schikane und unfaire Behandlung zu bekämpfen und die Öffentlichkeit entsprechend zu sensibilisieren.

## **Abschnitt 7. Arbeitnehmerrechte**

### **a. Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen**

Das Gesetz gibt Arbeitnehmern, einschließlich Ausländern, das Recht, ohne vorherige Genehmigung oder übermäßige Auflagen unabhängige Gewerkschaften ihrer Wahl zu gründen und diesen beizutreten. Das Gesetz schützt ebenso das Recht auf Kollektivverhandlung und rechtmäßige Streiks. Streiks müssen im Zusammenhang mit Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen stehen. Der Staat kann das Streikrecht von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst aus nationalen Sicherheitsgründen oder zur Wahrung der außenpolitischen Interessen einschränken. In einigen Kantonen und vielen Gemeinden war es Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst nicht gestattet, zu streiken. Es gibt keine bestimmten Gesetze, die Diskriminierung von Gewerkschaften und Einmischung von Arbeitgebern in Gewerkschaftsangelegenheiten verbieten. Das Gesetz verpflichtet Arbeitgeber nicht, Arbeitnehmer, die aus ungerechtfertigten Gründen im Zusammenhang mit Gewerkschaftsaktivitäten entlassen wurden, wiedereinzustellen.

Obwohl die Behörden diese Rechte allgemein durchsetzten, gibt es kein Gesetz, das Strafen für Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit oder Kollektivverhandlung vorschreibt. Strafen in Form von Geldstrafen stellten eine ausreichende Abschreckung gegen Verstöße dar. Laut Gewerkschaftsvertretern war die Dauer von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren von Fall zu Fall verschieden. Tarifvereinbarungen verpflichteten die Sozialpartner, den Arbeitsfrieden zu erhalten und begrenzten daher das Streikrecht auf die Laufzeit einer Vereinbarung, in der Regel auf mehrere Jahre.

Die Regierung achtete das Recht auf Versammlungsfreiheit und Kollektivverhandlung, aber Arbeitgeber sprachen zuweilen ungerechte Kündigungen Gewerkschaftern gegenüber aus und bedienten sich des Rechtssystems, um rechtmäßige Gewerkschaftsaktivitäten einzuschränken. Gewerkschaften berichteten nach wie vor über diskriminierendes Verhalten gegen

ihre Mitglieder. Im Juni veröffentlichte die Universität Neuenburg den zweiten Teil einer vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie über den Schutz von Arbeitnehmervertretern, in der festgestellt wurde, dass der Rechtsschutz für an rechtmäßigen Streiks teilnehmende Arbeitnehmer „voller Lücken und willkürlich“ sei. Die Studie stellte weiterhin fest, dass das Schweizer Obligationsrecht die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Europäischen Menschenrechtsabkommen garantierten Grundrechte und Freiheiten verletze. In dem 2015 veröffentlichten ersten Teil der Studie war angemerkt worden, dass das Arbeitsrecht, das die Rechte zur Auflösung von Arbeitsverträgen regelt, nicht internationalen Vereinbarungen entspreche.

2015 kritisierte der Internationale Gewerkschaftsbund die Schweiz wegen ihrer repressiven Streikgesetze.

### **b. Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit**

Das Recht verbietet sämtliche Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit und die Regierung setzte diese Gesetze wirksam durch. Auf Verstöße gegen das Verbot von Zwangsarbeit standen strenge Haftstrafen von bis zu 20 Jahren, die eine ausreichende abschreckende Wirkung hatten. Die Regierung veranstaltete mehrere Weiterbildungen für einschlägige Behörden zur Sensibilisierung und Bekämpfung des Menschenhandels für Zwangsarbeit. Mehr als 60 Organisationen, darunter Gewerkschaften und Migrantenvverbände, forderten die Regierung auf, unverzüglich das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über anständige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte umzusetzen, da das derzeitige Arbeitsrecht nicht auf Hausarbeit zutrifft und die Arbeitszeiten und Pausen von Hausangestellten nicht ausreichend regelt.

Es gab Berichte über Vorkommnisse von Zwangsarbeit. Im April veröffentlichte die Universität Neuenburg eine vom Bundesamt für Polizei in Auftrag gegebene Studie, die vermerkte, dass Zwangsarbeit überwiegend bei Hausangestellten, in der Tourismusbranche, im Gastgewerbe, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft vorkam. Frauen wurden überwiegend für Hausarbeit ausgebeutet, während Männer meistens im Baugewerbe Zwangsarbeit unterworfen wurden. Der Großteil der weiblichen Opfer stammte aus Afrika und Südamerika. Die männlichen Opfer kamen überwiegend aus Osteuropa und den Balkanländern.

Siehe Außenministerium der Vereinigten Staaten *Trafficking in Persons Report* unter [www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/](http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/).

### **c. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Arbeitnehmer**

Das Mindestalter für Vollzeitbeschäftigte beträgt 15 Jahre. Dreizehn- bis 14-Jährige dürfen leichte Arbeiten während nicht mehr als neun Wochenstunden während des Schuljahrs und 15 Wochenstunden zu anderen Zeiten ausführen. Die Beschäftigung von Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren ist ebenfalls limitiert. Kinder dürfen nicht an Sonntagen, unter gefährlichen Bedingungen oder nachts arbeiten. Der Bericht des Expertenkomitees der Internationalen Arbeitsorganisation von 2014 über die Anwendung von Übereinkommen und Empfehlungen stellte fest, dass das Strafrecht die Produktion von pornografischem Material mit Kindern verbietet; die einschlägigen Bestimmungen gelten jedoch nur für Personen unter 16 Jahren.

Der Staat hat Gesetze und Verordnungen wirksam durchgesetzt, Kinder vor Ausbeutung am Arbeitsplatz zu schützen. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung überwachte die Umsetzung der Kinderarbeitsgesetze und –verordnungen, und die Arbeitsplatzinspektoren der Kantone kontrollierten wirksam Firmen, um festzustellen, ob es Verstöße gegen die Kinderarbeitsgesetze gäbe. Die kantonalen Inspektoren haben diese Bestimmungen konsequent durchgesetzt. Verstöße gegen die Kinderarbeitsgesetze werden mit Haftstrafen von bis zu sechs Monaten geahndet, die eine ausreichende abschreckende Wirkung hatten.

Es gab vereinzelte Meldungen über Menschenhandel mit Kindern zum Zweck der Zwangsbettelei und um Diebstahl und Finanzbetrug zu begehen.

Siehe den Bericht des Verteidigungsministeriums, *Menschenhandel* unter [www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/](http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/).

#### **d. Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf**

Das Gleichstellungsgesetz verbietet Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund von Geschlecht. Es gibt kein Arbeitsgesetz, das ausdrücklich Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung, Sprache, politischer Meinung, HIV-positivem Status oder anderer ansteckender Krankheiten, Geschlechtsidentität, Alter oder nationaler und sozialer Herkunft verbietet.

Bei Verstößen gegen das Gesetz kann einem potenziellen oder entlassenen Mitarbeiter eine Entschädigung im Gegenwert von bis zu drei Monatsgehältern im öffentlichen Dienst und bis zu sechs Monatsgehältern in der Privatwirtschaft zugesprochen werden. Der Staat hat diese Bestimmung nicht wirksam durchgesetzt. Die Strafen waren nicht ausreichend, um vor Verstößen

abzuschrecken. Die Internationale Arbeitsorganisation beobachtete, dass die Schweiz nicht über leicht zugängliche Mechanismen verfügt, um Arbeitnehmern Abhilfe oder Entschädigung für Diskriminierung am Arbeitsmarkt und in Berufsausbildung zu gewähren.

Am Arbeitsmarkt und im Beruf kam es zu Diskriminierung nationaler, rassistischer und ethnischer Minderheiten, sowie Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Behinderung, HIV-positivem Status und Alter.

Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz ist widerrechtlich; trotzdem ist ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Frauen in weniger verantwortungsvollen Positionen beschäftigt. Arbeitgeber beförderten mehr Männer als Frauen, und weniger Frauen waren Inhaber von, oder leiteten Firmen. Frauen waren in der höchsten Führungsebene stark unterrepräsentiert, insbesondere in der Privatwirtschaft. Das Gesetz schreibt für Frauen und Männer gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit vor, was jedoch nicht wirksam durchgesetzt wurde. 2014 hatten Frauen im öffentlichen Dienst ein monatliches Durchschnittseinkommen von 7.202 Schweizer Franken (7.008 USD), während Männer 8.028 Schweizer Franken (7.987 USD) verdienten. Im Privatsektor hatten Frauen ein monatliches Durchschnittseinkommen von 5.548 Schweizer Franken (5.399 USD), während Männer 6.536 Schweizer Franken (6.360 USD) verdienten. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen belief sich auf 14% in Nichtführungspositionen und 28% in Führungspositionen. Im öffentlichen Dienst waren die Gehälter von Frauen im Durchschnitt 17% niedriger als die Gehälter von Männern; im Privatsektor belief sich die Differenz im Durchschnitt auf 21%. Das Einkommen von weiblichen Akademikerinnen war im Privatsektor bis zu 29% niedriger als das ihrer männlichen Kollegen.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann finanzierte Projekte in Höhe von 4,4 Millionen Schweizer Franken (4,3 Millionen USD) zur Förderung gleicher Bezahlung und gleicher Berufschancen. Die Projekte sollten Unternehmen und Beratungszentren bei der Abschaffung geschlechtsbasierter Diskriminierung unterstützen. Im September unterzeichneten der Bundesrat, zehn Kantone und 15 Gemeinden eine Vereinbarung, die den öffentlichen Dienst und vom Staat subventionierte Privatunternehmen verpflichtet, Lohngleichheit für Männer und Frauen umzusetzen.

Laut Procap, der größten Schweizer Organisation für Personen mit Behinderungen, gab es bei der Integration von Behinderten am Arbeitsmarkt nach wie vor

Probleme. Vielen Menschen mit Behinderungen mangelte es an ausreichender Unterstützung durch die Sozialversicherungen nachdem sie einen Job angenommen hatten, was eine dauerhafte Beschäftigung erschwerte.

Im Mai vermerkte eine Studie des Schweizer Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) über Schutz vor Diskriminierung, dass LSBTI-Personen Diskriminierung am Arbeitsplatz erfuhren, und zwar überwiegend im Privatsektor.

2014 stellte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einem Bericht fest, dass die Langzeit-Arbeitslosenquote für Personen über 55 Jahre in 2012 bei 58,6% lag, was den Durchschnitt in der OECD um 11,4% übersteigt. Die OECD deutete an, dass die Tatsache, dass Alter im Anti-Diskriminierungsgesetz des Landes nicht erwähnt wird, möglicherweise die hohe Langzeit-Arbeitslosenquote bei Senioren erklärt.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) äußerte 2014 Bedenken, dass ethnische Minderheiten wie Muslime, Farbige, Flüchtlinge, die Jenischen und andere Roma-Gruppen am Arbeitsmarkt erhebliche Diskriminierung erfuhren. Laut ECRI betrug die Arbeitslosenquote für Nichteingebürgerte 6,6%, im Vergleich zu 2,3% für Schweizer Staatsbürger. Der Bericht hob hervor, dass junge Migranten aus Ländern außerhalb der EU erhebliche Diskriminierung erfuhren, auch wenn sie in der Schweiz erfolgreich die Schule abgeschlossen hatten.

Es gab gelegentlich Berichte über Diskriminierung von Personen mit HIV/AIDS am Arbeitsmarkt. 2015 registrierte die AIDS-Hilfe Schweiz 116 Fälle von Diskriminierung von Personen mit HIV. Bei ca. 14 dieser Beschwerden ging es um Diskriminierung am Arbeitsmarkt oder sonstige Diskriminierung am Arbeitsplatz. Es gab zum Beispiel vereinzelte Berichte über Mobbing am Arbeitsplatz, verwehrten Zugang zu Vorstellungsgesprächen und Praktika, sowie Vertrauensbruch über den HIV-positiven Status eines Mitarbeiters.

Gastarbeiter in Niedriglohnjobs waren öfter als andere Arbeitnehmer ausbeuterischen Beschäftigungspraktiken und schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Dies war insbesondere im Bausektor, in der Gastronomie, im Tourismussektor, bei Hausangestellten, im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft der Fall.

#### **e. Akzeptable Arbeitsbedingungen**

Es gab in der Schweiz keinen gesetzlichen Mindestlohn. Die Arbeitsverträge von ca. 40% der eingebürgerten Lohnempfänger enthielten Mindestlohnbedingungen, aber der Durchschnittslohn der unter diese Verträge fallenden Arbeitnehmer, insbesondere in der Bekleidungs-, Hotel- und Einzelhandelsbranche, blieb relativ niedrig. Der größte Teil der freiwilligen, für die jeweiligen Branchen abgeschlossenen Tarifvereinbarungen enthielt Mindestlohnbestimmungen. Die Zahlen schwankten leicht von Kanton zu Kanton, je nach Lebenshaltungskosten, blieben aber allgemein im Berichtsjahr konstant. Die offizielle Armutsgrenze für Alleinstehende lag bei einem Monatslohn von 2.219 Schweizer Franken (2.162 USD) und bei 4.031 Schweizer Franken (3.928 USD) für eine Familie mit zwei Kindern.

Das Gesetz sieht eine maximale Wochenarbeitszeit von 45 Stunden vor für Arbeiter und Angestellte in der Industrie, dem Dienstleistungssektor und dem Einzelhandelssektor, und eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden für alle anderen Arbeitskräfte. Von diesen Regelungen sind bestimmte Berufsstände wie Taxifahrer oder Ärzte ausgenommen. Das Gesetz schreibt eine Pause von mindestens 35 durchgehenden Stunden Freizeit sowie einen zusätzlichen halben freien Tag in der Woche vor. Der Überstundenzuschlag muss mindestens 25% betragen; Überstunden sind in der Regel auf zwei Stunden am Tag begrenzt. Das Gesetz begrenzt die jährlichen Überstunden auf 170 Stunden für Arbeitnehmer, die 45 Wochenstunden arbeiten, und 140 Stunden für Arbeitnehmer, die 50 Wochenstunden arbeiten.

Am 1. Januar trat eine neue Verordnung in Kraft, die die Registrierung von Arbeitsstunden für Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von mehr als 120.000 Schweizer Franken (116.771 USD) erleichtert. Die Regierung genehmigte die neue Verordnung, nachdem Gewerkschaften und Arbeitgeber 2015 eine Übereinstimmung erzielt hatten.

Arbeitgeber müssen Arbeitnehmern mindestens vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr und Arbeitnehmern bis zum 20. Lebensjahr mindestens fünf Wochen bezahlten Urlaub im Jahr gewähren, es sei denn, der Arbeitnehmer arbeitet für Dritte zum Nachteil der legitimen Interessen des Arbeitgebers. Jedem Arbeitnehmer stand ein freier Tag in der Woche zu. In Ausnahmefällen konnte der Arbeitgeber bei Vorliegen besonderer Arbeitsumstände und mit Einverständnis des Arbeitnehmers dem Arbeitnehmer anstatt einem ganzen freien Tag zwei halbe freie Tage gewähren.

Das Gesetz enthält ausführliche Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer. Diese Bestimmungen sind auf dem neuesten Stand und angemessen für die größten Branchen. Arbeitnehmer dürfen sich aus Situationen entfernen, die eine Gefahr für Gesundheit oder Sicherheit darstellen, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung und die Arbeitsinspektorate der Kantone setzten die Gesetze für die Regelung der Arbeitszeit und Sicherheit am Arbeitsplatz über alle Branchen hinweg, einschließlich der informellen Wirtschaft, wirksam durch. 2015 erhöhte das Ministerium die Arbeitsinspektionen um 10% und deckte damit 45.000 Unternehmen und 175.000 Personen ab. Das Ministerium hatte auch die Aufsicht über die Tarifvereinbarungen. Im Land waren ca. 100 Arbeitsinspektoren tätig, die ausreichten, um Einhaltung durchzusetzen. Jeder der 26 Kantone hatte ein Arbeitsinspektoratsbüro mit ca. sechs bis acht Mitarbeitern.

Beobachter hielten die Strafen für Verstöße gegen die Arbeitsgesetze als nicht ausreichend, um als Abschreckung zu dienen. Das Gericht setzte Geldstrafen unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Situation des Täters zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung fest. Im September genehmigte das Parlament strengere Strafen für Verstöße gegen die Mindestlohn- und Arbeitsgesetze, indem die maximale Geldstrafe von 5.000 Schweizer Franken (4.865 USD) auf 30.000 Schweizer Franken (29.192 USD) erhöht wurde.

Gastarbeiter in Niedriglohnjobs waren anfälliger für ausbeutende Arbeitspraktiken als andere Arbeitnehmer. Dies war insbesondere im Baugewerbe, dem Hotel- und Gastgewerbe, der Tourismusbranche, bei Hausangestellten, in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen der Fall. Im Berichtsjahr beanstandeten mehrere örtliche Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen, darunter auch die Internationale Organisation für Migration, dass die Behörden der im Baugewerbe, Hotel- und Gastgewerbe, Gesundheitswesen und bei Hausangestellten vorherrschenden Ausbeutung von Arbeitskräften nicht ausreichend nachgingen. Im März erstellte der Bundesrat einen nationalen Aktionsplan für eine bessere Bekämpfung von Arbeitsrechtsverletzungen und Ausbeutung von Arbeitern.

Einwanderer dürfen einer Beschäftigung nachgehen und haben die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmer. Es gibt keine Sonderbestimmungen oder -bedingungen für nicht-eingebürgerte Arbeitnehmer, außer dass sie eine Aufenthaltsbewilligung und eine gültige Arbeitserlaubnis benötigen. Personen ohne

Aufenthaltsbewilligung oder Arbeitserlaubnis durften nicht arbeiten. Personen mit Aufenthaltsbewilligung konnten eine Arbeitserlaubnis beantragen. Asylbewerber durften in der Regel während der ersten drei bis sechs Monate nach Stellung des Asylantrags nicht arbeiten, aber in Ausnahmefällen bei Bedarf freiberuflich tätig sein.

Das Bundesamt für Gesundheit organisierte eine Diskussion am Runden Tisch für Vertreter von Industrie, Gewerkschaft und Nichtregierungsorganisationen, in der entschieden wurde, einen Fonds in Höhe von 100 Millionen Schweizer Franken (97,3 Millionen USD) für die Unterstützung von Asbestgeschädigten, deren Krebserkrankung bereits 2006 diagnostiziert wurde, zu gründen. Der Fonds wird auf freiwilliger Basis durch Industriebeiträge finanziert. Im April stellte das Bundesgericht die Entschädigungsverfahren für Asbestgeschädigte ein und verwies die Fälle an den Runden Tisch zur Beratung, nachdem die Gewerkschaften dieses Forum im Jahre 2014 gefordert hatten.